

Müller, Norbert

**Die Situation irakischer Flüchtlinge in
Deutschland.**

**Darstellung anhand der Beratung in
Sachsen-Anhalt.**

BACHELORARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2011

Müller, Norbert

Die Situation irakischer Flüchtlinge in Deutschland.
Darstellung anhand der Beratung in Sachsen-Anhalt.

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2011

Erstprüfer: Prof. Dr. Wolfgang Faust

Zweitprüfer: Prof. Dr. Barbara Wedler

Bibliografische Beschreibung:

Norbert Müller:

Die Situation irakischer Flüchtlinge in Deutschland. Darstellung anhand der Beratung in Sachsen Anhalt-Anhalt. 31 S.

Rosswein, Hochschule Mittweida/Rosswein (FH), Fakultät Soziale Arbeit,
Bachelorarbeit, 2011

Referat:

Die Bachelorarbeit befasst sich mit der Gegenüberstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen, dem unterschiedliche Zugang für den Aufenthaltsstatus und die Prognosen für die Zukunft in Deutschland von Asylbewerbern aus dem Irak und der besonderen Situation von Irakischen Kontingentflüchtlingen aus Syrien und Jordanien.

Aufgezeigt werden die Geschichte des Irak und die Gründe für die Flucht der Menschen nach Deutschland, sowie die unterschiedlichen Beratungsangebote und Integrationsbemühungen des Landes und der Kommunen in Sachsen-Anhalt. Angestrebte und bereits durch die Politik in Vorbereitung befindliche Gesetzesänderungen zur Humanisierung der Zuwanderung in Deutschland sind ebenfalls Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Um Wiederholungen aus dem Referat zu vermeiden, wurde auf eine Einleitung verzichtet.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

1. Erklärung des Begriffs Flüchtling (nach der Genfer Flüchtlingskonvention) und dessen Rechtsstellung	1
1.1 Klärung des Begriffs Kontingentflüchtling und dessen rechtliche Bedeutung	2
1.2. Was ist ein Asylbewerber und wie ist seine rechtliche Stellung	3
2. Der Irak – ein geschichtlicher, geographischer und politischer Überblick	6
2.1. Geschichte des Iraks	6
2.2. Geografie und Bevölkerung des Irak	9
2.3. Die politische Situation des Irak vor den Kriegen	11
2.4. Der Irak unter Saddam Hussein	11
2.5. Der Irak heute	13
3. Flüchtlinge aus dem Irak in Deutschland	15
3.1. Die Situation irakischer Asylbewerber	15
3.2. Die Situation irakischer Kontingentflüchtlinge	16
4. Statusabhängige Beratungsmöglichkeiten von irakischen Migranten in Sachsen-Anhalt	18
4.1. Beratung von irakischen Asylbewerbern über die gesonderte Beratung und Betreuung nach § 2 Abs. 2 Aufnahmegesetz Sachsen-Anhalt	18
4.2. Beratung von irakischen Kontingentflüchtlingen	19
4.2.1. Beratung im Rahmen der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)	19
4.2.2. Beratung im Rahmen der gesonderten Beratung und Betreuung nach § 2 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes in Sachsen-Anhalt	21
4.2.3. Beratung im Rahmen des Jugendmigrationsdienstes (JMD)	21

5. Eine Gegenüberstellung der Beratungsinhalte bei Asylbewerbern aus dem Irak und irakische Kontingentflüchtlinge aus Jordanien und Syrien	23
6. Voraussetzungen und Indikatoren für eine erfolgreiche Integration in Deutschland	26
7. Abschlussbemerkungen und Fazit mit Empfehlungen zur Änderung von rechtlichen und inhaltlichen Rahmenbedingungen	30
Literaturverzeichnis	35

Abkürzungsverzeichnis

AO	- Anordnung
Art.	- Artikel
AsylbLG	- Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	- Asylverfahrensgesetz
AufenthG	- Gesetz über den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit und Integration von Ausländern im Bundesgebiet
BAMF	- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMI	- Bundesministerium des Innern
EASY	- Erstverteilung von Asylbewerbern
EU	- Europäische Union
GFK	- Genfer Flüchtlingskonvention
GG	- Grundgesetz
JMD	- Jugendmigrationsdienst
MBE	- Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer
MEB	- Migrationserstberatung
MI	- Ministerium des Innern
OBS	- Otto-Benecke-Stiftung
SGB II	- Sozialgesetzbuch II : Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB XII	- Sozialgesetzbuch XII: Sozialhilfe
UNHCR	- United Nations High Commissioner for Refugees
VHS	- Volkshochschule
ZAST	- Zentrale Aufnahmestelle

1. Erklärung des Begriffes Flüchtling (nach der Genfer Flüchtlingskonvention) und dessen Rechtsstellung

Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), eigentlich „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ wurde 1951 auf einer UN-Sonderkonferenz in Genf verabschiedet und trat 1954 in Kraft.

Die GFK ist die Rechtsgrundlage für das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR).

Flüchtlinge im Sinne der Konvention werden als Personen definiert, die sich auf Grund von Verfolgung außerhalb des Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, sowie Staatenlose, die sich deshalb außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltsstaates befinden (Treibel 2008, S. 160).

Flüchtlinge sind also solche, die verfolgt werden wegen ihrer

- Rasse
- Religion
- Nationalität
- Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe
- politischen Überzeugung

Ziel der Konvention ist ein möglichst einheitlicher Rechtsstatus für Menschen, die keinen diplomatischen Schutz ihres Heimatlandes mehr genießen.

Die Konvention führt u. a. folgende Rechte eines Flüchtlings auf:

- Schutz vor Diskriminierung wegen Rasse, Religion oder Herkunftsland (Art.3)
- Religionsfreiheit (Art.4)
- Freier Zugang zu den Gerichten (Art.16)
- Ausstellung eines Reiseausweises
- Schutz vor Ausweisung (Art.33) - Grundsatz der Nichtrückschiebung

Insgesamt gewähren die Vertragsstaaten einem Flüchtling die gleichen Rechte wie Ausländern im Allgemeinen, ein Flüchtling darf also nicht als „Ausländer 2. Klasse“ behandelt werden.

Gegenwärtig machen Flüchtlinge nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) etwa zehn Prozent der globalen Migration aus. Flucht stellt eine spezifische Form der Migration dar. Allerdings wird dieses Verständnis von Flucht dem Spektrum der Anlässe und Verläufe gegenwärtiger Flucht nicht gerecht. Denn nur ein Bruchteil der weltweit 50 Millionen Flüchtlinge kann individuelle Verfolgung nachweisen, Flucht aufgrund von Krieg und Umweltzerstörung, aber auch Binnenflucht werden nicht erfasst (Treibel 2008, S.161).

1.1 Klärung des Begriffs Kontingentflüchtling und seine rechtliche Bedeutung

Kontingentflüchtlinge sind eine privilegierte Sondergruppe unter den Ausländern. Es sind Flüchtlinge aus Krisenregionen, die im Rahmen internationaler humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen werden. Die Privilegierung äußert sich darin, dass Kontingentflüchtlinge nach der Aufnahme in Deutschland eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis

nach § 23 Aufenthaltsgesetz (aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen) erhalten und sie die Rechtsstellung von Flüchtlingen und damit verbunden einen besonderen Ausweisungsschutz genießen.¹

1.2 Was ist ein Asylbewerber und wie ist seine rechtliche Stellung

Der Begriff „Asyl“ stammt aus dem Griechischen; „Asylon“ und bedeutet Zufluchtsstätte, „asylos“ das, was nicht ergriffen werden kann. In früheren Zeiten waren Asyle meist geheiligte Orte, die den Flüchtenden vor dem Zugriff der weltlichen Macht schützten. Mit der Aufnahme des Satzes „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ in den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist das Asylrecht als einklagbarer Rechtsanspruch mit Verfassungsrang ausgestattet worden. Es ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländern zusteht. Es gilt allein für politisch Verfolgte, d.h. für Personen, die eine an asylerhebliche Merkmale anknüpfende staatliche - gegebenenfalls auch quasi-staatliche - Verfolgung erlitten haben bzw. denen eine solche unmittelbar droht (BAMF 2010).

Asylbewerber sind also Ausländer, die Schutz als politisch Verfolgte nach Artikel 16a Abs.1 des Grundgesetzes oder Schutz vor Abschiebung oder einer sonstigen Rückführung in einen Staat beantragen, in dem Ihnen die in § 60 Abs.1 des Aufenthaltsgesetzes bezeichneten Gefahren drohen.

Es gilt nicht für heimatlose Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer.

Meldet sich ein Asylbewerber bei der Grenzbehörde, leitet sie ihn an die nächstgelegene Erstaufnahmeeinrichtung weiter, deren Einrichtung und Unterhaltung dem jeweiligen Bundesland obliegt.

¹ vgl. <http://www.aufenthaltstitel.de> verfügbar am 29.11.2010

Dies gilt nicht bei Einreise über einen sicheren Drittstaat, wie Staaten der Europäischen Gemeinschaft sowie Norwegen und die Schweiz. Sofern sich ein Ausländer erst im Inland als asylsuchend meldet, wird er ebenfalls zunächst an die nächstgelegene Erstaufnahmeeinrichtung verwiesen, erkennungsdienstlich behandelt und dort untergebracht. Mit dem bundesweiten Verteilungssystem EASY(Erstverteilung von Asylbewerbern) wird dort die für seine Unterbringung zuständige Ersteinrichtung ermittelt. Dies erfolgt nach dem sogenannten Königssteiner Schlüssel, der für jedes Jahr entsprechend der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl die Aufnahmequoten der Länder festlegt. In Sachsen Anhalt lag die Verteilungsquote 2009 bei 3,03%. Der Asylbewerber begibt sich nun in eine der Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und stellt seinen Asylantrag. In Sachsen Anhalt befindet sich die Außenstelle des BAMF in Halberstadt. Hier wird eine Akte angelegt, wobei sämtliche Daten des Ausländers eingegeben werden. Es erfolgen ein Fingerabdruckvergleich (vorgenommen um Doppelungen von Asylanträgen in andere Mitgliedsstaaten der EU auszuschließen) sowie ein Datenabgleich mit dem Ausländerzentralregister. Nun erhält der Ausländer eine Aufenthaltsgestattung, die ihm ein vorläufiges Bleiberecht zur Durchführung des Asylverfahrens in der Bundesrepublik gewährt. Nach § 25 Asylverfahrensgesetz(AsylVfG) wird nun durch einen Sachbearbeiter Asyl eine gesetzlich vorgeschriebene Anhörung des Asylbewerbers unter Hinzuziehung eines Dolmetschers vorgenommen. Der Asylbewerber muss dazu persönlich erscheinen, die Anhörung ist nicht öffentlich. Er ist verpflichtet, seine Verfolgungsgründe anzugeben, Tatsachen zu nennen und vorhandene Urkunden vorzulegen. Die Anhörung wird protokolliert, dem Antragsteller rückübersetzt und unmittelbar nach der Anhörung in Kopie übergeben.

Der Sachbearbeiter Asyl trifft, nach Prüfung aller relevanten Erkenntnisse, insbesondere der Anhörung und ggf. weiterer von ihm veranlassten Ermittlungen zur Aufklärung des Sachverhaltes, sowie von Erkenntnissen aus dem Informationszentrum Asyl und Migration des BAMF, die Entscheidung über den Asylantrag. Der Sachbearbeiter bedient sich bei seiner Entscheidung neben den Lageberichten des Auswärtigen Amtes, auch Auskünften und Berichten der UNHCR, von „amnesty international“ usw. Maßgeblich für die Entscheidung über den Asylantrag ist grundsätzlich der Einzelfall. Die Entscheidung über den Antrag ergeht schriftlich und enthält eine Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung.

Wird der Antragsteller als Asylberechtigter anerkannt oder werden bei ihm die Voraussetzungen nach § 60 Abs. 1 des AufenthG (Abschiebeverbot) festgestellt, erhält er eine auf längstens drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis (§ 25 Abs. 1 und 2 AufenthG). Er genießt im Bundesgebiet die Rechtsstellung nach der GFK sowie zahlreiche berufs – und sozialrechtliche Vergünstigungen. Nach drei Jahren besteht ein Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis (unbefristet), wenn das Bundesamt bescheinigt, dass keine Gründe dagegen oder die Rücknahme der positiven Entscheidung vorliegen.

Wird der Asylantrag als unbegründet oder offensichtlich unbegründet abgelehnt, prüft der Sachbearbeiter Asyl, ob auf Grund der Situation im Heimatland die Voraussetzungen des § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG (Abschiebehindernis) gegeben sind. Ist dies der Fall, erhält der Antragsteller eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG. Ist dies nicht der Fall, fertigt der Sachbearbeiter Asyl einen Ablehnungsbescheid und erlässt, wenn der Asylbewerber keinen Aufenthaltstitel besitzt, eine Ausreiseaufforderung mit Abschiebungsandrohung. Hiergegen steht dem Asylbewerber der Weg zu den Verwaltungsgerichten offen. Rund 62 % der

Asylbewerber, deren Asylantrag abgelehnt wird, machen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Der Asylbewerber kann in jedem Verfahrensstand einen Rechtsbeistand hinzuziehen.²

Während des Asylverfahrens und bei Aussetzung der Abschiebung (Duldung) erhält der Asylbewerber Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, welche weit unter den Leistungen nach SGB II und SGB XII liegen.

2. Der Irak - ein geschichtlicher, geographischer und politischer Überblick

Der Irak ist Großteils ein arabischer Staat in Vorderasien. Er grenzt an Kuwait, Saudi-Arabien, Jordanien, die Türkei, den Iran (Persien) und den Persischen Golf und umfasst den größten Teil des zwischen Euphrat und Tigris gelegenen „Zweistromlandes“ Mesopotamien, in dem die frühesten Hochkulturen Vorderasiens entstanden sind, sowie Teile der angrenzenden Wüsten- und Bergregionen. Er wird zu den Maschrek-Staaten gezählt.

2.1. Geschichte des Irak

Auf dem Gebiet des Irak, dem alten Mesopotamien, entstanden ab dem 4. Jahrtausend v. Chr., also schon im Altertum, einige der frühesten Hochkulturen der Menschheit (Sumer, Akkad, Babylonien, Mittani, Assyrien, Medien), weshalb die Region heute von vielen als Wiege der Zivilisation gesehen wird. Das alte Mesopotamien fällt 539 v. Chr. an das aufstrebende Perserreich unter Kyros. Es folgen Teilungen, die durch Alexander den Großen 331 v. Chr. wieder zusammengeführt werden. Nach 200 Jahren Kriegeruhe entstehen unter anderem die blühenden Städte wie Apameia, Dura Europos, Seleukia. Die folgenden Kriege ab 129 v. Chr. sind geprägt von

² vgl. <http://www.bamf.de/Asylverfahren> vom 01.07.2010). —

Eroberungen durch die Parther und die Römer. Zwischen 83 und 69 v. Chr. fallen Teile an Armenien, die allerdings im Zuge der römisch-parthischen Einigung an die Parther zurückgegeben werden.

Im 3. Jahrhundert gerät Mesopotamien wechselweise unter römische und sassanidische Herrschaft. 363 v. Hr. fällt Mesopotamien an Persien. Dies bleibt vorerst unverändert, bis 633 bis 640 ganz Mesopotamien im Rahmen der Islamischen Expansion von den Arabern erobert wurde.

Im Mittelalter bemächtigten sich also die arabischen Muslime des Gebietes um Basra und Kufa, wobei Kufa Hauptstadt wird. Der Irak wird zu einem wichtigen kulturellen Zentrum des sich ausbreitenden Islam. 680 kommt es zwischen rivalisierenden Parteien bei Kerbala zur Entscheidungsschlacht, in deren Folge sich der Islam in seine zwei wichtigsten Glaubensrichtungen Sunna und Schia spaltet. 762 wird Bagdad als Hauptstadt gegründet und entwickelt sich zur bedeutendsten Stadt der islamischen Welt. Die folgende Periode wird auch als Blütezeit des Islam bezeichnet, in der besonders Wissenschaft und Künste ein deutlich höheres Niveau entwickeln als etwa in Europa. Die im 13.-16. Jahrhundert stattfindenden Kriege vor allem mit den Mongolen führten zu hohen Sachschäden und Verwüstungen in den Städten und auch die Landwirtschaft, das Rückgrat der Wirtschaft, wird zerstört. Die menschlichen Verluste haben Auswirkungen auf das mündlich tradierte Wissen über die Anwendung und Wartung der Bewässerungsanlagen, welches nun verloren ging. In Folge verfällt die Provinz, denn ohne ein Bewässerungssystem kann die mesopotamische Landwirtschaft ihr Potential nicht mehr entfalten. 1401 wird Bagdad verwüstet und 1534 fällt das Land an das Osmanische Reich.

In der Neuzeit war der Irak für das Osmanische Reich vor allem als Verbindung zum Persischen Golf und als Verteidigungsbarriere gegenüber dem Iran (Persien) bedeutend. An einer wirtschaftlichen

Entwicklung waren die Osmanen kaum interessiert. Sie beschränkten sich in den ersten Jahrhunderten weitgehend auf Steuereintreiben und Zwangsrekrutierung von Soldaten. Anfang des 19. Jahrhunderts gab es administrative Reformen, doch die ersten wichtigen Veränderungen kamen mit Midhat Pascha (Gouverneur von Bagdad zwischen 1869 bis 1872). Es wurden die ersten Krankenhäuser gebaut, Zeitschriften erschienen und Manufakturen nahmen ihren Betrieb auf. Doch er regierte zu kurz um dem Irak einen längerfristigen Aufschwung zu bescheren.

In dieser Zeit begann das Interesse der Briten für den Irak.

1860 erwarb die Lynch-Companie das Monopol für die Schifffahrt am Tigris. Der Irak blieb bis zum 1. Weltkrieg Nebenschauplatz.

Während des 1. Weltkrieges marschierten britische Truppen und arabische Aufständische gemeinsam ein und besetzten 1917 Bagdad. Eigentliches Ziel war die Region um Basra, denn die Royal Navy war auf die Öllieferungen aus dem benachbarten Iran angewiesen. 1920 löste Großbritannien aus dem ehemaligen Osmanischen Reich die Vilayets Bagdad, Mossul und Basra heraus und verschmolz sie zum heutigen Irak. Der Völkerbund sanktionierte diese Maßnahme und übertrug Großbritannien das Mandat über den Irak. Es kam wegen falscher Versprechungen der Briten zu Aufständen durch die Araber. Während der Revolte starben tausende Iraker und britische Soldaten. Um die Araber von neuem Aufruhr abzubringen, setzte die britische Regierung 1921 Faisal, einen Araber, zum König ein. 1932 wurde das Königreich Irak in den Völkerbund aufgenommen. Die Rechte am Erdöl des Landes teilten sich Großbritannien, die Niederlande, Frankreich und die USA. Dieser Zustand dauerte bis 1958. Unter General Quasim schlossen sich die „Freien Offiziere“ zusammen und stürzten am 14. Juli 1958 mit Hilfe des Volkes die pro-britische Monarchie (Faisal II). Die Republik Irak wurde proklamiert. Die letzten britischen Soldaten

verließen 1959 das Land. Es folgten Bodenreform, Verstaatlichung der ausländischen Ölgesellschaften und es wurden wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den sozialistischen Ländern eingeleitet. Die Pressefreiheit wurde eingeführt und die Kurden erstmalig ausdrücklich anerkannt. Der demokratische Prozess war nur von kurzer Dauer. Die Briten und die USA übten Druck von außen aus. Innenpolitisch wurde von rechtsorientierten, panarabistischen Parteien und Nationalitäten Druck ausgeübt. Dazu gehörte auch die Baath-Partei. Sie putschte mit Hilfe von militärischen Verschwörern 1963 gegen Quasim und erschoss ihn. Kurz darauf wurde die Baath Partei durch den Präsidenten Abd as-Sallam Arif gestürzt. Sein Bruder brach die 1967 die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab. Nach einem zweiten Putsch 1968 eroberte die Baath Partei wieder die Macht, Ahmad Hasan al-Bakr wurde Staatspräsident und Vorsitzender des Revolutionären Kommandorates (RKR), Saddam Hussein Vizepräsident und Stellvertretender Vorsitzender des RKR. Im Frühjahr 1969 brachen erneut Kämpfe zwischen Regierungstruppen und den seit 1961 gegen die Zentralregierung kämpfenden Kurden aus. Zwar unterzeichneten Saddam Hussein und der Kurdenführer Molla Mustafa Barzani 1970 einen Friedensvertrag, der den Kurden politische Autonomie gewährleistete. Die Kämpfe dauerten allerdings bis 1975 an. 1972 wurden die ausländischen Ölunternehmen verstaatlicht. (Fürtig 2003, S.58)

2.2. Geografie und Bevölkerung des Irak

Der Irak gehört zum Orient. Er grenzt an den Iran, Kuwait, Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien und die Türkei. Mit Ausnahme der Grenze zum Iran, die bis 1918 die Ostgrenze des Osmanischen Reiches bildete, wurde der Grenzverlauf des Iraks von den Kolonialmächten bestimmt. Die Neutrale Zone zwischen Saudi-Arabien und dem Irak wurde 1975-1983 zwischen beiden Ländern aufgeteilt. Zudem besitzt

der Irak einen 58 km langen Küstenstreifen.

Der Irak hat eine Bevölkerung von etwa 29,6 Millionen Einwohnern (Schätzung für 2010), dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von 70,3 Einwohnern/km². Etwa 67% der Bevölkerung leben in den Städten wie Bagdad, Niniveh, Basra und Al-Suleymaniah. Weite Teile des Landes sind indes sehr dünn besiedelt, vor allem im trockenen Süden. Die Bevölkerung hat sich in den letzten 50 Jahren fast verfünffacht. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 69,94 Jahre. Der Alphabetisierungsgrad liegt mit 74,1% weit unter dem Weltdurchschnitt. Die Situation hat sich in den letzten 20 Jahren stark verschlechtert. Ende der 1980-er Jahre betrug der Anteil der Analphabeten nur 10 bis 12%. Etwa 70% der heute im Irak lebenden Bevölkerung sind Araber, 22% sind Kurden und 5% sind Turkomanen. Die restlichen 3% setzen sich aus Assyriern und Armeniern zusammen. Weiterhin sollen im Südosten 20.000 bis 50.000 Marsch-Araber leben. Circa 97% der Bevölkerung sind muslimisch. Über 60% sind Schiiten und zwischen 32 und 37% Sunniten. Die große Mehrheit der muslimischen Kurden ist sunnitisch. Christen und andere Religionen bilden mit ca. 3% eine Minderheit gegenüber etwa 25 % vor 100 Jahren. In den letzten Jahren sind fast 2 Millionen Christen geflohen. Die Christen zählen überwiegend zu den orientalisch-christlichen Gemeinschaften: Chaldäisch-katholische Kirche, Assyrische Kirche des Ostens, Alte Apostolische Kirche des Ostens, Armenier, Römisch-katholische Kirche, Syrisch-katholische Kirche, Altsyrisch-Orthodoxe, Protestanten und andere. Bis 1948 lebten noch 150.000 Juden im Irak. Aufgrund von Flucht und Vertreibung in der Folge der Staatsgründung Israels wird die Zahl der noch im Irak lebender Juden auf unter 10 Personen geschätzt. Des Weiteren gibt es noch kurdische Yeziden, Schabak und einige Tausend Mandäer. Unter dem Regime von Saddam Hussein hatten die Religionsfreiheit

und Gleichheit der Verschiedenen Bevölkerungsgruppen einen verhältnismäßig hohen Stand. Der Regierung des Diktators gehörten z.B. der christliche Minister Assyrier/Aramäer Tariq Aziz oder auch für kurze Zeit der kurdische Militärgeneral Mustafa Aziz Mahmoud an. Seit dem Beginn des Krieges im März 2003 hat allerdings mehr als die Hälfte der irakischen Christen das Land verlassen.³

2.3. Die politische Situation des Irak vor den Kriegen

Die irakische Politik wird seit der Staatsgründung 1921 und der Aufnahme in den Völkerbund 1932 von zwei Hauptfaktoren geprägt: Zum einen von dem Reichtum an Erdöl und den daraus folgenden Interessen des Westens und Russlands und zum anderen von den ethnisch-religiösen Unterschieden der drei Landesteile, die den ehemaligen osmanischen Provinzen Mossul, Bagdad und Basra entsprechen: Kurden und Turkmenen im Norden, sunnitische Araber in der Landesmitte und Schiiten im Süden. Einigend wirkte u. a. der langjährige Widerstand gegen den britischen Einfluss, der bis zum Sturz von König Faisal II. (1958) und der Verstaatlichung der Ölonternehmen bestand. Die Demokratie wurde jedoch durch heftige Machtkämpfe unterminiert, die bis heute unter Panarabisten, Schiiten und Kurden nachwirken und in denen sich 1968 die nationalsozialistische Baath-Partei durchsetzte. Ihre Macht ging 1979 in die Alleinherrschaft von Saddam Hussein über, die durch zwei Golfkriege gegen den Iran (1980-1988) und Kuwait (1990/91) noch gefestigt wurde.

2.4. Der Irak unter Saddam Hussein

Nach dem Rücktritt al-Bakrs 1979 und der Machtergreifung Saddam Husseins kam es zu massiven Menschenrechtsverletzungen, denen auch viele Baathisten zum Opfer fielen. Nach monatelangen

³ vgl. <http://www.reuters.com> verfügbar am 10.10.2010

Auseinandersetzungen mit dem Iran befahl Hussein der Irakischen Armee am 22. September 1980 das Nachbarland anzugreifen. Nach anfänglichen Erfolgen musste sich die irakische Armee ab 1982 zurückziehen und schließlich ab 1984 den Krieg im eigenen Land führen. Dieser Erste Golfkrieg dauerte bis 1988 und kostete schätzungsweise 250.000 Irakern das Leben. In diesem Krieg setzte der Staat auch mehrmals chemische Kampfstoffe sowohl gegen die Iraner als auch gegen die eigene Bevölkerung ein. Auch die wirtschaftlichen Schäden waren erheblich: 1979 besaß der Irak noch Geldreserven im Wert von 35 Milliarden US-Dollar, nach dem Ende des Krieges war das Land mit über 80 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden hoch verschuldet.

Nach einem gescheiterten Attentat auf Saddam Hussein wurden am 17. Juli 1982 148 Einwohner der Kleinstadt Dudschail verschleppt und hingerichtet.

1988 startete das Regime die sogenannte Anfal-Operation, bei der nach Schätzungen bis zu 180.000 Kurden ermordet wurden. Der in der Öffentlichkeit bekannteste Fall dieser Kampagne war der Giftgasangriff auf Helepce am 18. März 1988. Mit diesem Ereignis begannen sich die Beziehungen zwischen dem Irak und den Vereinten Nationen zu verschlechtern. Am 2. August 1990 marschierte die irakische Armee in Kuwait ein und besetzte das Land. Durch die Intervention internationaler Truppen unter Führung der Vereinigten Staaten wurde das Land im Februar 1991 im Zweiten Golfkrieg befreit. In der Folge verhängten die Vereinten Nationen Sanktionen über das Land, was zu internationaler Isolierung und durch die Misswirtschaft mit den erlaubten Handelsgütern zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerung führte. Die Folgen des Embargos waren dramatisch: Allein 500.000 bis 1.500.000 Kinder unter 14 Jahren starben bis 2005 zum Teil an Krankheiten, die vor 1990 im Irak nahezu unbekannt waren: Leukämie, Unterernährung,

Vitaminmangel, Typhus und Cholera. Die hohe Sterblichkeit ergab sich aus dem andauernden Embargo und der in den Golfkriegen 1990 und 2003 nahezu völligen Zerstörung der Trink- und Abwasser-Ver-/Entsorgung, Zerstörung der Krankenhäuser, Pharmaindustrie usw. Um die Folgen des Embargos abzumildern führte die UN 1995 ein „Öl für Lebensmittel-Programm“ ein, das im Januar 2003 endete.⁴

2.5 Der Irak heute

Im März und April 2003 begann eine Koalition von über 50 Staaten, angeführt von den USA und Großbritannien den dritten Golfkrieg gegen den Irak, mit dem erklärten Ziel, Saddam Hussein zu stürzen und mutmaßliche vorhandene Massenvernichtungswaffen aus dem Verkehr zu ziehen.

Statt der nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen fand man mindestens 300 Massengräber. Seit dem Machtantritt der von den US-Truppen gestürzten Baath-Partei gelten bis zu 1.3 Millionen +98 Iraker als vermisst. Nach einer im Oktober 2006 veröffentlichten Studie wurden seit der Invasion ausländischer Truppen im März 2003 über 650.000 Menschen getötet, dies entspricht 2,5% der irakischen Bevölkerung.⁵

Im Mai 2003 erklärte US-Präsident Bush die größeren Kampfhandlungen für beendet und der Irak wurde in Besatzungszonen aufgeteilt. Nach Bildung eines Übergangsrates Ende 2003 wurde der Verwaltungsauftrag am 28.Juni 2004 einer irakischen repräsentativen Übergangsregierung übergeben.

Am 30. Januar 2005 fanden im Irak die ersten freien und allgemeinen Wahlen seit über 40 Jahren statt. Eine Übergangsverfassung regelt die Geschicke des Staates seit der Machübergabe am 28.Juni 2004. Der Irak ist laut Verfassungstext

⁴ vgl. <http://www.afhr.org/de> verfügbar am 05.08.2010

⁵ vgl. <http://freace.de> verfügbar am 11.10.2006

eine multi-ethnische und multireligiöse parlamentarische Republik, die sich zur Demokratie, zum Pluralismus und zum Föderalismus bekennt. Im Text verankert sind die Menschen-, Freiheits-, und Bürgerrechte, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit sowie die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten. Es besteht Religionsfreiheit, wobei der Islam als Staatsreligion fest geschrieben ist. Am 15. Oktober 2005 wurde die neue Verfassung zur Abstimmung freigegeben und mit 78,59% der abgegebenen Stimmen angenommen. Es folgten Kommunalwahlen im Januar 2009 und die zweiten Parlamentswahlen am 7. März 2010. Offiziell ist der Krieg gegen das Baath-Regime Saddam Husseins im Irak, wie bereits erwähnt, schon seit Mai 2003 beendet. Doch das Leid der Menschen, die sich nach Frieden sehnen, hat kein Ende: Selbstmordanschläge, Entführungen, Attentate aber auch militärische Gegenschläge erschüttern das Land. Als Folge wirken Unterernährung und unzureichende medizinische Versorgung fort. Der „schleichende Krieg“ hat schon längst mehr Opfer gefordert als die Kriegshandlungen selbst. Die internationalen Hilfsorganisationen müssen die Lage im Irak ohnmächtig betrachten. Zahlreiche Anschläge auf Kirchen und kirchliche Einrichtungen haben die Situation vor allem für die Christen im Irak weiter verschärft. Sie sind zunehmend unter den Druck radikal islamischer Gruppierungen geraten. Nach Drohungen und Einschüchterungen verließen immer mehr Christen das Land. Ähnlich ergeht es Mandäern und Yeziden. Die Mandäer sind Angehörige einer kleinen Religionsgemeinschaft, die in der Gnostik, (von griechisch gnosis: Erkenntnis, religiös-philosophische Bewegung im 2. und 3. Jahrhundert) im Manichäismus (ist eine antike Religion, die nach ihrem Stifter, dem persischen Weisen Mani - er lebte etwa 216 bis 276 - benannt wurde, der sich selbst nach Buddha und Jesus als letzten Propheten bezeichnete), aber auch im Christentum wurzelt. Heute gibt es

Schätzungen zufolge nur noch weniger als 100.000 Mandäer, von denen viele bereits in westlichen Ländern leben. Im Irak gerieten die Mandäer nach 2003 sehr schnell ins Visier brutaler Terrorgruppen dschihadistischer Prägung. Viele Mandäer wurden bedroht und getötet. Ebenso ergeht es den Yeziden. Die Yeziden sind von der Volkszugehörigkeit Kurden. Sie sprechen die kurdische Sprache, und auch die Siedlungsgebiete der Yeziden sind kurdische Gebiete. Es gibt kein freies Kurdistan. Die Yeziden leben verteilt im Irak, in Syrien, Türkei und ein ganz kleiner Teil im Iran. Es gibt auch noch Yeziden in den ehemaligen Sowjetstaaten Armenien und Georgien und mittlerweile auch in Deutschland. Zwar gibt es keine offizielle Zählung der Yeziden, die Gesamtzahl wird jedoch auf 800.000 geschätzt. Damit ist das Yezidentum, das ehemals die Ursprungsreligion der Kurden war, eine religiöse Minderheit unter den mehrheitlich moslemischen Kurden. Etwa 550.000 leben im Nordirak als Hauptsiedlungsgebiet, wo sich auch das religiöse Zentrum der Yeziden - Lalish - befindet. Lalish liegt in der Nähe von Mossul. Unweit liegt auch der Sitz des weltlichen und geistigen Oberhauptes der Yeziden.

3. Flüchtlinge aus dem Irak in Deutschland

3.1 Die Situation irakischer Asylbewerber

Asylanträge von Irakern waren im Jahr 2010 am häufigsten. Allerdings kam es im 1. Halbjahr 2010 mit 2.596 Erstanträgen gegenüber den beiden vorangegangenen Halbjahren zu einem deutlichen Rückgang (1. Halbjahr 2009: 3168 Zugänge, 2. Halbjahr 2009: 3370 Zugänge). Von den 2.596 Asylanträgen wurden 0,4% als Asylberechtigte nach Artikel 16a des Grundgesetzes anerkannt. Flüchtlingsschutz erhielten (nach § 60 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz) 49,7% und subsidiären Schutz (nach § 60 Abs. 2, 3, 5, 7) 1,7%. (BMI-Pressemitteilung v. 28.12.2010 S. 1 u. 2). Daraus ist ersichtlich, dass

rund 48 % der Asylbewerber keinen Aufenthaltsstatus bekamen und abgeschoben wurden bzw. ihnen die Abschiebung angedroht wurde.⁶

3.2 Die Situation Irakischer Kontingentflüchtlinge

Die Lage der aus dem Irak geflüchteten Menschen in Syrien und Jordanien hat sich in einer Weise verschärft, die ein solidarisches Handeln aller Kräfte auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene gebietet. Hieran mitzuwirken liegt im besonderen politischen Interesse Deutschlands ⁷(vgl. Anordnung des BMI gemäß § 23 Abs. 2 AufenthG zur Aufnahme bestimmter Flüchtlinge aus dem Irak vom 05.12.2008). Als besonders schutzbedürftig gelten der Anordnung zufolge Personen, die auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Rückkehr in den Irak und auch keine Aussicht auf eine Integration in den Nachbarstaaten des Irak haben, insbesondere Angehörige im Irak verfolgte Minderheiten einschließlich religiöser Minderheiten, Personen mit besonderen medizinischen Bedürfnissen einschließlich traumatisierte Personen und Folteropfer, sowie alleinstehende Frauen mit familiären Unterhalts -und Betreuungspflichten. Der Rat der Europäischen Union hat auf seiner Sitzung am 27.11. 2008 Schlussfolgerungen angenommen, in denen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufgefordert werden, auf freiwilliger Basis und im Rahmen der jeweiligen Kapazitäten sich in Syrien und Jordanien aufhaltende und besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen. Das Bundesministerium des Innern traf daraufhin in Abstimmung mit den Bundesländern am 5.12.2008 o.g. Anordnung zur Aufnahme von 2500 Flüchtlingen aus

⁶ www.bamf.de verfügbar am 01.07.2010

⁷ vgl. Anordnung des BMI gemäß § 23 Abs. 2 AufenthG zur Aufnahme bestimmter Flüchtlinge aus dem Irak vom 05.12.2008

dem Irak. Das BAMF verabschiedete eine abschließende Statistik zur Aufnahme irakischer Flüchtlinge nach der tatsächlich 2501 Personen aufgenommen wurden. 438 kamen aus Jordanien und 2063 Personen reisten aus Syrien ein. Davon waren 1137 männlichen und 1364 weiblichen Geschlechts. Insgesamt wurden 707 Familien aufgenommen. 140 alleinstehende Frauen mit familiären Unterhalts-bzw. Betreuungspflichten und 124 Personen mit besonderem medizinischen Hilfebedarf erhielten ebenfalls Aufnahme. Eingereiste Angehörige verfolgter Minderheiten, insbesondere religiöser Minderheiten waren 1206 Christen, 491 Mandäer und 5 Yeziden. Sachsen-Anhalt hat entsprechend seiner Quote nach dem Königsteiner Schlüssel 75 Flüchtlinge aufgenommen. Die Verteilung innerhalb des Landes ist auf die drei kreisfreien Städte erfolgt, da sich hier bereits größere Gruppen von irakischen Staatsangehörigen befinden und durch die Anwesenheit von Landsleuten eine schnellere Integration der Aufgenommenen zu erwarten ist. Auf Halle und Magdeburg wurden jeweils 30 und auf Dessau 15 Flüchtlinge verteilt (Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt vom 07.04.2009). Den ausgewählten Personen wird zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für bis zu drei Jahre erteilt. Von der Anwendung des § 5 Abs.1 und 2 AufenthG (z.B. Paßpflicht, Visumpflicht, Sicherung des Lebensunterhaltes) ist abzusehen. Die Aufenthaltserlaubnis wird mit einer wohnsitzbeschränkenden Auflage versehen, soweit und solange Leistungen nach SGBII oder XII bezogen werden.⁸ AO des BMI gemäß § 23 Abs.2 v. 05.12.2008).

⁸ AO des BMI gemäß § 23 Abs.2 v. 05.12.2008).

4. Statusabhängige Beratungsmöglichkeiten von irakischen Migranten in Sachsen-Anhalt

4.1. Beratung von irakischen Asylbewerbern über die gesonderte Beratung und Betreuung nach § 2 Abs.2 Aufnahmegesetz Sachsen-Anhalt

Das Aufnahmegesetz Sachsen- Anhalts vom 21. Januar 1998, geändert durch Gesetz vom 8.Juli 2010 (GVBl. LSA S.421) regelt unter anderem die Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, ehemaligen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die auf Grund rechtlicher und tatsächlicher Unmöglichkeit nicht abgeschoben werden können, sowie unerlaubt eingereisten Ausländerinnen und Ausländern nach §15a AufenthG und deren Beratung.

Die größte Gruppe der Klientinnen und Klienten nehmen 2009 mit 11,4 % die Irakischen Flüchtlinge ein. Die zehn wichtigsten Themen innerhalb der Beratung sind:

· das Aufenthaltsrecht/rechtlicher Status	15,6%
· Asylrecht/ -verfahren	8,2%
· Existenzsicherung/ Wirtschaftliche Situation	7,6%
· Soziale Unterstützungsleistungen	7,6%
· Schule	7,6%
· Gesundheitliche Probleme	5,9%
· Psychische Probleme/ Traumatisierung	5,3%
· freiwillige Ausreise/Rück-, Weiterwanderung	4,1%
· Wohnung/Unterbringung/Obdachlosigkeit	3,6%

(Beratungsstatistik 2009 Freiburg, Juli 2010)

Hieraus ist eindeutig ersichtlich, dass gerade bei den Asylbewerbern mit ungesichertem Aufenthaltsstatus (Duldung/Aussetzung der Abschiebung) das größte Problem ist, über Anwälte und Gerichte eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen. Durch psychische Probleme und Traumatisierung infolge ihrer Fluchtschicksale sind sie teilweise gar nicht in der Lage sich um Fragen der Existenzsicherung, Arbeitssuche usw. zu bemühen.

4.2 Beratung von irakischen Kontingentflüchtlingen

4.2.1 Beratung im Rahmen der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer(MBE)

Seit dem 01. Januar 2005 unterstützt die Migrationserstberatung (MEB)⁹ ,jetzt Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer(MBE), in der ich für den Caritasverband des Bistums Magdeburg tätig bin, Menschen mit Migrationshintergrund bei der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration. Sie richtet sich dabei unter anderem grundsätzlich an Ausländer über 27 Jahre, die sich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten, bis zu 3 Jahre nach Einreise bzw. Erlangung des auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus und an bereits länger im Bundesgebiet lebende Zuwanderer (Ausländer und Spätaussiedler) über 27 Jahre in konkreten Krisensituationen. Die MBE als Teil der aktiven Integrationspolitik hat die Aufgabe, den Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen. Dies kann nur gelingen bei einer engen Verzahnung der Integrationsmaßnahmen in den Bereichen der schulischen und beruflichen Qualifizierung, der

⁹ vgl. BMI: „Neukonzeption der Migrationserstberatung“ vom 01.12.2004

sozialen Beratung und Begleitung sowie der gesellschaftlichen und sozialen Integration. Zu den Aufgaben der MBE gehört insbesondere die bedarfsorientierte Einzelfallberatung (Case Management) mit den Kernelementen: Sondierungsgespräch, Sozial- und Kompetenzanalyse, Erstellung und Umsetzung eines Förderplanes und ggf. Abschluss einer Integrationsvereinbarung. Die Durchführung der sozialpädagogischen Betreuung während des Integrationskurses bei individuellem Bedarf, sowie die Hilfestellung bei der Vermittlung von Kinderbetreuungsangeboten während der Integrationskurse sind ebenfalls Aufgaben der MBE. Eine aktive Mitarbeit in kommunalen Netzwerken sowie die Mitwirkung bei der interkulturellen Öffnung/Vernetzung der Regeldienste und Verwaltungsbehörden werden vorausgesetzt. Eine aktive und kontinuierliche Zusammenarbeit der MBE mit allen relevanten Akteuren im Gemeinwesen (u.a. Jugendmigrationsdienste, Ausländerbehörden, Integrationskursträger, Bundesagenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften/Argen, Regeldienste, Stadtteilzentren) ist für die zielgerichtete Integrationsförderung von grundlegender Bedeutung.

Die MBE wird durch das Bundesministerium des Innern (BMI) gefördert. Das BAMF ist für die Durchführung verantwortlich. Grundlage der Arbeit ist das vom BMI und BAMF entwickelte „Konzept für die Migrationserstberatung (MEB)“ vom 01.12.2004 und die Förderrichtlinie der MBE vom 20.01.2010. Das Konzept wird seit dem 1. Januar 2005 gemeinsam mit den Trägern der Beratungsstrukturen – den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege umgesetzt.¹⁰

¹⁰ vgl. Bek. d. BMI v. 20.01.2010

4.2.2. Beratung im Rahmen der gesonderten Beratung und Betreuung nach § 2 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes in Sachsen-Anhalt

Wie bereits im Pkt. 4.1 aufgezeigt, handelt es sich bei dieser Beratungsform um eine vom Land Sachsen –Anhalt finanzierte Beratung und Betreuung. Sie ist flächendeckend in allen Landkreisen vertreten. Da die irakischen Kontingentflüchtlinge nur auf die drei kreisfreien Städte Magdeburg, Halle und Dessau verteilt wurden, werden sie in den genannten Städten zusätzlich von MBE und JMD beraten.

4.2.3 Beratung im Rahmen des Jugendmigrationsdienstes (JMD)

Die JMD sind Einrichtungen der Träger der Jugendsozialarbeit (Arbeiterwohlfahrt, Freie Trägergruppe, Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit und Bundesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit). Junge Migrantinnen und Migranten werden bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres begleitet, um ihnen Chancengerechtigkeit und Teilhabe im gesellschaftlichen und beruflichen Leben zu eröffnen. Dabei liegt ein Schwerpunkt der Arbeit auf der Stärkung der Kompetenzen der jungen Menschen mit Migrationshintergrund beim Übergang von der Schule in die Ausbildung und schließlich in den Arbeitsmarkt. Ebenso wie die MBE bei erwachsenen Migrantinnen und Migranten arbeiten auch die JMD bei den nicht mehr schulpflichtigen jungen Menschen mit dem Instrumentarium des individuellen Integrationsförderplanes. Im Rahmen des Case- Managements unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den JMD die jungen Menschen auf ihrem Weg in weiterführende Schulen, Ausbildungsplätze und in die Arbeitswelt. Gemeinsam mit den Jugendlichen werden Ziele definiert und passgenaue Angebote gefunden, damit jeder Einzelne seine Ziele

erreichen kann. Die jungen Menschen werden auch in Sachsen – Anhalt mit einem individuellen Integrationsförderplan begleitet. Ende 2008 wurde eine zweijährige Evaluierung des Instrumentes „Integrationsförderplan“ abgeschlossen. Die Untersuchung kam zu dem Ergebnis, „dass von einer Integrationsförderplanung, die bestimmte Qualitätsmerkmale erfüllt, positive Wirkungen auf die Integration der jungen Menschen ausgehen“. Dies gelte sowohl für die Sprachkompetenz als auch für die emotionale Integration, die Verhaltenssicherheit, die ökonomische oder soziale Integration und den Übergang in eine Berufsausbildung oder Arbeit. Eine Gegenüberstellung von jungen Menschen, die von den JMD mit einer Integrationsförderplanung begleitet wurden, mit einer Vergleichsgruppe junger Menschen, die bei gleichen Voraussetzungen nicht vom JMD begleitet wurden, zeigt, dass die vom JMD Begleiteten über klarere Zielvorstellungen verfügten, sich ihre Kompetenz der deutschen Sprache besser entwickelt hat und sie seltener über größere psychische Belastungen klagten. „Insbesondere zeigte sich auch, dass die JMD mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Passgenauigkeit von Förderangeboten zu erhöhen. Aufgabe der JMD ist es darüber hinaus, mit allen für die Integration relevanten Stellen zu kooperieren und in örtlichen Netzwerken mitzuarbeiten. Im Mittelpunkt steht dabei die Zusammenarbeit mit Schulen, Betrieben und besonders den Eltern. Seit Februar 2010 wird als Ergänzung zur Beratung in den JMD eine Online-Anlaufstelle für Jugendliche mit Migrationshintergrund erprobt. Sie richtet sich an Jugendliche, die bislang nicht von der persönlichen Beratung der JMD erreicht werden und die zunächst bevorzugen, anonym Fragen zu stellen. Die Online- Begleiterinnen und -Begleiter der Jugendlichen verfügen über langjährige Beratungserfahrung in den JMD. Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und des BMFSFJ gefördert. Ab 2011 wird in den

JMD flächendeckend und trägerübergreifend ein webbasiertes Monitoringsystem eingeführt. Das BMFSFJ bezweckt mit der Einführung einer einheitlichen Software für alle JMD Arbeitserleichterungen für die Praxis und eine Verbesserung der Datenlage für wissenschaftliche Auswertungen. Die Haushaltsmittel für die JMD belaufen sich für das Haushaltsjahr 2010 wie in den Vorjahren auf 41,5 Mio. €. Die Otto Benecke Stiftung e.V. (OBS) setzt für das BMFSFJ die Garantiefonds- Richtlinien für den Hochschulbereich (RL-GF-H) um. Mit den Richtlinien wird das Ziel verfolgt, jungen ausländischen Flüchtlingen und Asylberechtigten, die die Hochschulreife erwerben und ein Hochschulstudium anstreben oder fortsetzen wollen, die alsbaldige gesellschaftliche Eingliederung, insbesondere die Fortsetzung der im Herkunftsland unterbrochenen Ausbildung, zu ermöglichen. Mitte 2009 wurde die OBS von der institutionellen Förderung auf Projektförderung umgestellt. Im Rahmen dieser Umstrukturierung wurden die Beratungsstellen der OBS in die Strukturen der JMD überführt. Seit dem Herbst 2009 nehmen AWO und die Träger der evangelischen und katholischen Jugendsozialarbeit die Bildungsberatung nach dem Garantiefonds Hochschule wahr und ergänzen damit das JMD-Angebot um diesen wichtigen Baustein. Die Stipendiengewährung und die Vertragsgestaltung mit den Sprachkursträgern verbleiben weiterhin bei der OBS. Der JMD als Beratungsform wird in Sachsen –Anhalt leider nicht flächendeckend angeboten, sondern fast ausschließlich nur in den größeren Städten. Im Burgenlandkreis gibt es beispielsweise keinen Jugendmigrationsdienst.

5. Eine Gegenüberstellung der Beratungsinhalte bei Asylbewerbern aus dem Irak und irakischen Kontingentflüchtlingen aus Jordanien und Syrien

Die irakischen Asylbewerber bewegt im Rahmen der Beratung als vordringlichstes Ziel der Erhalt eines gesicherten Aufenthaltsstatus.

In der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) des BAMF Außenstelle Halberstadt stellen sie einen Asylantrag. Bei der Antragstellung ist es wichtig, vorher professionell beraten worden zu sein, um die Antragsgründe glaubwürdig und wahrheitsgemäß während der Anhörung beim BAMF vortragen zu können. Der Caritasverband des Bistums Magdeburg e. V. hat aus diesem Grund auf dem Gelände der ZAST eine Beratungsstelle eingerichtet. Der Berater, selbst mit Migrationshintergrund, hat jahrelange Erfahrungen auf dem Gebiet der Beratung von Asylbewerbern. Er bereitet die Antragsteller auf die Anhörung vor dem Sachbearbeiter Asyl des BAMF vor und zeigt ihnen die Wege und rechtlichen Möglichkeiten z.B. bei abgelehntem Asylantrag auf. Die Asylbewerber werden während des Asylverfahrens und des Aufenthaltes in Halberstadt von dem Berater betreut. Wird dem Asylantrag stattgegeben, erfolgt eine Verteilung auf die Landkreise. Hier übernehmen die in den Punkten 4.2.1 bis 4.2.3 genannten Beratungsangebote die Betreuung der anerkannten Asylbewerber. Die Beratungsinhalte sind ähnlich denen der Kontingentflüchtlinge, wobei häufig hohe Schulden für Anwälte und die ehemaligen Schlepper den Alltag belasten. Aus meiner Beratungspraxis mit irakischen Asylbewerbern, deren Antrag genehmigt wurde, kann ich berichten, dass sie nach Absolvierung des Integrationskurses sich intensiv um Arbeit bemühen. Da wir in Sachsen-Anhalt eine sehr hohe Arbeitslosigkeit haben, gestaltet sich dies jedoch sehr schwierig. Die Christen unter den irakischen Zuwanderern sind in unseren christlichen Gemeinden im Burgenlandkreis und auch in ganz Sachsen-Anhalt sehr aktiv. Sie besuchen nicht nur die Gottesdienste sondern bereichern das gesamte Gemeindeleben mit ihrer Kultur, Küche usw. Die von mir beratenen irakischen Yeziden haben mittlerweile und dies auch mit meiner Hilfe, Sachsen-Anhalt verlassen und sind vorwiegend in die alten Bundesländer gezogen um zu arbeiten und nicht von den

Leistungen nach SGB II zu leben. Viele zogen z.B. nach Oldenburg, da es dort eine große und aktive Gemeinde der Yeziden gibt. So können sie sich gut gegenseitig unterstützen, um sich in Deutschland zu integrieren. Bei abgelehntem Asylantrag wird die Abschiebung bzw. Abschiebehaft veranlasst. Dagegen gibt es die Möglichkeit der Klage vor den Verwaltungsgerichten. Ein guter Rechtsbeistand (Fachanwalt im Ausländerecht) ist empfehlenswert. Sollte der Asylantrag abgelehnt werden und bestehen Abschiebehindernisse (Krankheit, Traumatisierung, Heirat, Verfolgung usw.), wie es bei irakischen Asylbewerbern oft der Fall ist, werden die Flüchtlinge ebenfalls an die Landkreise verteilt und in Gemeinschaftsunterkünften (Asylbewerberheimen) untergebracht. Für diese Migranten sind die Beratungsstellen der gesonderten Beratung und Betreuung nach Aufnahmegesetz § 2 Abs.2 zuständig. Die Flüchtlinge erhalten von den Ausländerbehörden eine sogenannte Duldung (Aussetzung der Abschiebung). Diese muss immer wieder in oftmals unregelmäßigen Abständen (z. T. monatlich) verlängert werden. Dies führt zu jahrelangen Kettenduldungen. Meist kommt es zu Asylfolgeanträgen, deren Verfahren sich oft über Jahre erstrecken. Während dieser Zeit erhalten die Asylbewerber nur die niedrigen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Im günstigen Fall erhalten die Asylbewerber dann doch noch nach jahrelangem Rechtsstreit und hartem Kampf mit den Behörden eine Aufenthaltserlaubnis, wenn auch manchmal nur aus humanitären Gründen nach § 25.Abs.5 AufenthG. Sollte dies nicht der Fall sein, wird von den Ausländerbehörden immer wieder die Abschiebung angedroht oder auch vollzogen. Dann bleibt als letzte Instanz für die Asylbewerber die Beantragung eines Aufenthaltes über die Härtefallkommission des Landes Sachsen-Anhalt. Aus der Beratungspraxis ist zu erfahren, dass oftmals die Integrationsbemühungen der geduldeten Migranten sehr groß sind.

Obwohl sie keinen Integrationskurs (Sprachkurs) und keine Arbeitserlaubnis erhalten, sprechen sie meist sehr gut deutsch. Sie engagieren sich in den Gemeinden, Religionsgemeinschaften, in Sportclubs, Ehrenämtern und streben gute bis sehr gute Schulabschlüsse an. Im Gegensatz dazu haben die irakischen Kontingentflüchtlinge vom ersten Tag in Deutschland einen gesicherten Aufenthaltsstatus ohne sich einer Anhörung (diese erfolgte bereits in Amman und Damaskus durch die UNHCR und das BAMF) unterziehen zu müssen. Sie erhalten umgehend einen Integrationskurs und können alle Gesundheits- und Sozialleistungen, wie jeder Deutsche in Anspruch nehmen. Sie bekommen eine Arbeitserlaubnis und können das gesamte Bildungsangebot des Landes nutzen. Beratungsschwerpunkte sind nach eventuell noch notwendiger Passbeschaffung, welche sich durch mangelnde Kooperation der Irakischen Behörden als schwierig darstellt, Existenzsicherung, Wohnung, Beschäftigung, Ausbildung bzw. die Anerkennung im Irak erworbener Berufsabschlüsse. Von dem Berater in Dessau, er stammt selbst aus dem Irak, ist zu erfahren, dass ein großer Teil der irakischen Kontingentflüchtlinge Frauen sind, deren Ehemänner getötet wurden und deshalb unter Traumatisierung leiden. Sie werden zusätzlich in Psychosozialen Zentren für Migranten in Halle und Magdeburg betreut. Andere Frauen mussten ihre Männer im Irak zurücklassen und kämpfen jetzt um die Familienzusammenführung. Dies ist nicht einfach, da die Gesetze den gesicherten Lebensunterhalt (ohne Sozialleistungen) und Kenntnisse der deutschen Sprache voraussetzen.

6. Voraussetzungen und Indikatoren für eine erfolgreiche Integration in Deutschland

"Integration beginnt im Kopf. Für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern". Dieser Slogan war 2006 das Jahresthema des Deutschen Caritasverbandes.

Der Integrationsbericht von 2010 des Landes Sachsen-Anhalt hat sich auch an diesem Motto ausgerichtet. Integration erstreckt sich als Querschnittsaufgabe auf alle zentralen Politikfelder und wird von einer Vielzahl nicht nur staatlicher, sondern auch zivilgesellschaftlicher Institutionen getragen. Es sind vor allem Vereine, Verbände, Kommunen, Zuwandererorganisationen und Migrantenselbstorganisationen, die einen erheblichen Teil der praktischen Integrationsarbeit leisten. Nur im Dialog mit den Zugewanderten und Ihren Vertreterinnen und Vertretern kann Integrationspolitik erfolgreich sein. Am 28. April 2010 wurde der „Beirat für Integrationsfragen des Landes Sachsen-Anhalt“ eingerichtet. Wichtige Grundlage für die Arbeit des Beirates bilden der Nationale Integrationsplan, das Leitbild zur Entwicklung der Zuwanderung und Integration und das Aktionsprogramm Integration. Zu den Aufgaben des Beirates gehört die Beratung der Landesregierung in Integrationsfragen. Er gibt Stellungnahmen zu integrationspolitischen Vorhaben der Landesregierung ab und erarbeitet Vorschläge, Anregungen und Empfehlungen zur weiteren Entwicklung der Integrationspolitik des Landes. Die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit aktuell sehr stark publizierte Frage nach hochqualifizierten Zuwanderern wurde aufgegriffen und für den Arbeitsschwerpunkt „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“ eine Arbeitsgruppe gebildet. Der Beschlussvorschlag „Potentiale der Zuwanderung nutzen - Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikationen verbessern“ wurde angenommen und am 14. Oktober 2010 beschlossen. Der Beirat empfiehlt die Einrichtung einer Zentrale, in der alle am Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse beteiligten Behörden miteinander verbunden werden. Im Frühjahr 2011 wird eine Vernetzung der Anerkennungsakteure stattfinden. Zwischenzeitlich wurde vom Caritasverband des Bistums Magdeburg e. V. in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gesundheit und

Soziales des Landes Sachsen- Anhalt ein „Leitfaden zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse in Sachsen-Anhalt“ aufgestellt. Mit dem Leitfaden können sich Migrantinnen und Migranten, Migrationsdienste und Beratungsstellen über die derzeit bestehenden Möglichkeiten der Anerkennung informieren und finden schnell und zuverlässig die richtigen Ansprechpartner.¹¹

Für den Themenbereich „ frühkindliche und schulische Bildung“ wurde ebenfalls eine Arbeitsgruppe gebildet.

Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Bund und Länder setzen die Rahmenbedingungen. Entscheidend ist aber die kommunale Ebene, weil hier die konkrete Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft z.B. im Wohnumfeld, in den Kinderbetreuungs-und Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz und in den örtlichen Vereinen stattfindet. Durch die Kommunen wird das Bild vom Staat geprägt. Sie vermitteln Kultur und Traditionen und ermöglichen die Teilhabe am öffentlichen Leben. Vor Ort entscheidet sich also ob Integration gelingt. Die Landesregierung misst deshalb der Integration in den Städten und Gemeinden einen hohen Stellenwert zu. Sie gibt die Empfehlung, integrationspolitische Konzepte in Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu entwickeln und damit Integration als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in den Verwaltungen festzulegen. Für diese Aufgaben sollen kommunale Koordinierungsstellen für Integration geschaffen werden. Das MI stellt die notwendigen Mittel bereit.

Schwerpunkt der Arbeit der Koordinierungsstellen ist der Aufbau lokaler Netzwerke für Integration mit allen auf lokaler Ebene vorhandenen Integrationsakteuren. In den meisten Städten haben sich 2010 bereits Netzwerke gebildet, so auch im Burgenlandkreis. Zu den Akteuren zählen unter anderem die Job-Center, Agenturen für Arbeit,

¹¹ vgl. www.integriert-in-sachsenanhalt.de.

die Träger der gesonderten Beratung nach Aufnahmegesetz, die Integrationskursträger (Bildungsträger, VHS), Migrationsberatungsstellen für Erwachsene und Vertreter von Migrantenselbstorganisationen. Leider gibt es im Burgenlandkreis nur eine Migrantenselbstorganisation, die irakische MIDAN e.V.. Mit dem Aufbau der Netzwerke wurde eine Kommunikationsplattform geschaffen, welche die Basis für die Verbesserung der Integrationsarbeit vor Ort ist.

Für mich, der ich in der MBE im Burgenlandkreis tätig bin, ist die Arbeit des Netzwerkes und die Kommunikation und Information unter den Akteuren von großer Wichtigkeit, da dadurch eine professionelle Einzelfallberatung also im Case-Management möglich ist.

Innerhalb des Netzwerkes Integration im Burgenlandkreis wurden mehrere Arbeitsgruppen unter Leitung der Integrationskoordinatorin gegründet. Sie tagen regelmäßig zu Themen wie Integrationskurse (Deutschkurs), Beschäftigung und Arbeit, Bildung und Erziehung, Beratung usw.. In die Arbeit der Arbeitsgruppen werden die Migranten mit einbezogen, denn Integration kann nur im direkten Dialog der Zuwanderer mit der Aufnahmegesellschaft funktionieren. Dies muss immer auf Augenhöhe geschehen. Das beste Netzwerk nützt nichts, wenn es nur dem Selbsterhalt dient. Integration ist also keine Einbahnstraße, in der sich allein die staatliche Seite zur Erbringung zusätzlicher Integrationsleistungen verpflichtet. Ebenso sind die Zuwanderer angehalten, bestehende Angebote eigeninitiativ wahrzunehmen, anzunehmen und nachhaltig zu verfolgen. Nur so wird dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ glaubhaft Rechnung getragen und Integration im Sinne gleichberechtigter Teilhabe gestaltet. Die Integrationspläne und –vereinbarungen, mit denen ich auch in meiner täglichen Arbeit im Rahmen der MBE zu tun habe, ergänzen die Regelungen zur Integrationsförderung im Aufenthaltsrecht auf untergesetzlicher Ebene. Neue gesetzliche

Rechte und Pflichten und über die bestehenden gesetzlichen Regelungen hinausgehende Sanktionen, wie immer wieder in der Öffentlichkeit und in den Medien propagiert, sind nicht erforderlich. Mit einem sehr passenden Text eines Klassikers will ich diesen Punkt Integration beenden: „Ungleichheiten zwischen Gruppen und Individuen gehören zu den wiederkehrenden Kennzeichen menschlicher Gesellschaften. Warum das so ist bleibt zu klären. Aber es ist für das Verständnis menschlicher Gesellschaften nicht unwichtig, den Anspruch einiger von ihnen, dass sie einen Zustand der Gleichheit repräsentieren, zu berichtigen. Sicher kann man mit Recht behaupten, dass in vielen Gesellschaften des Typs, den wir „demokratisch“ nennen, die Ungleichheit geringer oder je nach Geschmack, die Gleichheit größer ist als in vorangegangenen nicht – demokratischen Gesellschaften. Wenn man aber die vergleichende, prozessbezogene Aussage in eine absolute und statische Aussage umwandelt, kommt man zu einer symbolischen Fehldarstellung der beobachteten Wirklichkeit. Zahlreiche Ereignisse unserer Zeit, um nur davon zu reden, haben drastisch bewiesen, dass eine solche Fehlsicht der Welt, in der wir leben, gefährlich ist.“ (Elias 1993,S.291)

7. Abschlussbemerkungen und Fazit mit Empfehlungen zur Änderung von rechtlichen und inhaltlichen Rahmenbedingungen

»Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter. «

Goethe

Seit 6 Jahren herrscht im Irak ein blutiger Krieg, der Menschen aus unterschiedlichen Gründen zur Flucht getrieben hat: aus Angst um das eigene Leben, aus Verzweiflung und aus materieller Not. Derzeit sind 4,7 Millionen Irakerinnen und Iraker auf der Flucht. Die meisten von ihnen, wie bereits zuvor erwähnt, flohen in die Nachbarländer Jordanien und Syrien, einige wenige schafften es bis Europa. Hier werden sie auf der Grundlage des europäischen Asylrechts vom

gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Während nun einigen Irakern wie im Pkt.3.2 dargestellt die Einreise erlaubt wird, wurde und wird den hier lebenden Irakern das Asyl widerrufen oder dem Antrag nicht stattgegeben. In der BRD sind ca. 20.000 Iraker momentan in dieser absolut unsicheren Situation, von denen ca.14.000 bereits zur so genannten „freiwilligen Zwangsausreise“ aufgefordert wurden.¹² Dieser Unterschied in der Flüchtlings- und Asylpolitik ist nicht länger vertretbar. Ein Leiter der Ausländerbehörde äußerte sich einmal mir gegenüber, dass das Aufenthaltsgesetz ein sogenanntes „Aufenthaltsverhinderungsgesetz“ sei und er sich als Beamter an die Gesetze zu halten habe. Nach dem Motto „Deutschland macht dicht“ verweigert das Innenministerium die Aufnahme weiterer irakischer Vertriebener im Kontingent, trotz des Drängens von Hilfsorganisationen und obwohl selbst der Innenminister bestätigte, dass die Erfahrungen damit gut wären.¹³ Eine umfassende Bewertung und Gegenüberstellung bezüglich der irakischen Kontingentflüchtlinge aus Jordanien und Syrien kann in der vorliegenden Arbeit nicht gemacht werden, da die letzten Flüchtlinge erst im April 2010 nach Deutschland kamen und man also nicht von jahrelangen Erfahrungen in der Beratungstätigkeit und Integration profitieren kann. Es lohnt sich an diesem Thema weiterzuarbeiten. Für die Gesetzeslage ist es immer wieder wichtig, dass sich Wohlfahrtsverbände und Migrantenorganisationen für Veränderungen einsetzen. Ein wichtiger Schritt in der Veränderung der Politik wäre die Beendigung der zurzeit immer noch gängigen Kettenduldungen. Die Wohlfahrtsverbände fordern deshalb ein gesetzliches Bleiberecht, das humanitären Kriterien entspricht. Diese Regelung muss auf einen Stichtag verzichten, um stattdessen an eine Mindestaufenthaltsdauer

¹² vgl. <http://www.goest.de/irak.htm> verfügbar am 10.06.2010

¹³ vgl. <http://www.taz.de> verfügbar am 21.10.2010

zu knüpfen. Der Zusammenhalt von Familien ist zu beachten und alten, kranken und traumatisierten Menschen, die nicht arbeiten können, muss eine Aufenthaltserlaubnis ohne Sicherung des Lebensunterhaltes aus eigenen Mitteln gewährt werden. Sie sehen gesellschaftspolitisch wichtige Aufgaben wie die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen als gleichwertig zu einer Erwerbstätigkeit an. Bei Personen, die diesen Aufgaben nachkommen, muss deshalb von einer Sicherung des Lebensunterhaltes aus eigenen Mitteln abgesehen werden. Bei weiteren Voraussetzungen sollte auf zu restriktive Ausschlussgründe, insbesondere Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht (Verstoß gegen die Residenzpflicht) verzichtet werden.¹⁴ Zu einem weiteren humanitären Schritt hat sich die ständige Konferenz der Innenminister der Länder (IMK) im November 2010 ausgesprochen. So soll im Rahmen der aktuellen Gesetzesvorgaben gut integrierten, geduldeten Jugendlichen und Heranwachsenden eine eigene gesicherte Aufenthaltsperspektive eröffnet werden. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat im Dezember 2010 einstimmig beschlossen, zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften Stellung zu nehmen und dem Bundestag vorzuschlagen, in das Aufenthaltsgesetz einen neuen § 25a einzufügen, der inhaltlich dem vorgenannten Beschluss entspricht. Es ist davon auszugehen, dass die Gesetzesänderung die parlamentarische Mehrheit erhält. Es wäre also nicht sachgerecht, wenn der zukünftig begünstigte Personenkreis noch vor Inkrafttreten einer gesetzlichen Regelung abgeschoben wird. Begünstigt sind geduldete ausländische Jugendliche, die in

¹⁴ Vgl. <http://www.aktion-bleiberecht.de> verfügbar am 14.07.2010

Deutschland geboren oder vor Vollendung des 14. Lebensjahres eingereist sind und sich seit sechs Jahren im Bundesgebiet aufhalten, während dieser Zeit erfolgreich in Deutschland eine Schule besuchten oder einen anerkannten Schul- oder Berufsabschluss erworben haben und das 15. Lebensjahr vollendet haben bzw. demnächst vollenden und noch keine 21 Jahre alt sind. Bis zum Eintritt der Volljährigkeit der begünstigten Jugendlichen ist auch die Abschiebung ihrer Eltern oder des allein personensorgeberechtigten Elternteils und der minderjährigen Geschwister auszusetzen.¹⁵

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zweifelte schon 1993 mit Verabschiedung des AsylbLG die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz an. Zuletzt fand am 4. Mai 2009 eine Anhörung im Bundestag statt, in welcher sich die BAGFW kritisch positionierte und die Verfassungsmäßigkeit in Frage stellte. Nach dem die Rechtsprechung die Ausgliederung von Asylsuchenden und Geduldeten in Form, Höhe und Dauer jahrelang für verfassungsgemäß befunden hat, haben die erkennenden Richter des Landessozialgerichtes Nordrhein-Westfalen am 26.07.2010 nach dem SGBII-Urteil vom Februar 2010 (Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelleistungen) folgerichtig das AsylbLG im Erst-Recht-Schluss für verfassungswidrig erklärt. Die BAGFW hofft durch die Entscheidung des höchsten Gerichts im genannten Verfahren auf einen positiven Impuls an den Gesetzgeber, den Missständen, die uns in unserer täglichen Beratungs- und Betreuungspraxis begegnen, abzuhelpen.¹⁶

Es sind explizit immer wieder die Wohlfahrtsverbände, durch deren Druck auf die Politik es zu Gesetzesänderungen und damit zu Erleichterungen für die Migranten in Deutschland kommt.

¹⁵ vgl. Schreiben des MI Magdeburg an das Landesverwaltungsamt Halle vom 07.01.2011

¹⁶ vgl. Schreiben des BAGFW an das Bundesverfassungsgericht vom 30.11.2010

Enden möchte ich mit Worten des Bischofs des Bistums Magdeburg (entspricht etwa dem Land Sachsen-Anhalt) Dr. Gerhard Feige. Er ruft zu stärkerem Engagement bei der Eingliederung von Zuwanderern im Land auf. Integration falle nicht selbstverständlich in den Schoß. Sie müsse gewollt, gelernt und eingeübt werden. Es erschreckt ihn, dass in unserer Gesellschaft ausländerfeindliches Denken und Verhalten zunimmt. Einer kürzlich in der Tagespresse veröffentlichten Studie zufolge, halte inzwischen jeder dritte Deutsche sein Land für überfremdet. Fremdenfeindliche Vorurteile bis hin zu Hass ließen sich danach keineswegs nur bei extremen Randgruppen finden.¹⁷

¹⁷ vgl. Zeitschrift „Tag des Herrn“ vom 16.01.2011 S.14

Literaturverzeichnis

Elias, Norbert/Scotson, John, L.(1993): Etablierte und Außenseiter.Frankfurt/M: Suhrkamp-Verlag

Fürtig, Henner (2003): Kleine Geschichte des Iraks. Von der Gründung 1921 bis zur Gegenwart. München: Beck-Verlag

Mecheril,Paul/Castro Varela,Maria doMar/Dirim,Inci/Kalpaka, Annita/Melter,Claus (2010): Migrationspädagogik. Weinheim und Basel: Beltz Verlag

Treibel, Anett (2008): Migration in modernen Gesellschaften. Weinheim und München: Juventa -Verlag

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Zeitz, 21.01.2011